NEWSLETTER VERTEIDIGUNG

17. NOVEMBER 2026 I ISSN 2194-0088 I 19. JAHRGANG

AUSGABE 45



Train as we fight

Die Übungen Freedom Shield II und Grand Eagle

© Bundeswehr/Andy Reiner

3
Putin, Trump und die Zukunft

9
Fähigkeits-aufwuchs im All für mehr Resilienz

13
10. Panzer-division übt bei Freedom Shield II und Grand Eagle

15
Neues Zentrum für Psychotrauma-Behandlungen in Hamburg

17
Unbemanntes Kampfflugzeug eröffnet Perspektiven

Sicherheitspolitische und Wehrtechnische Tagung | SIPO

MITTLER REPORT



39. SICHERHEITSPOLITISCHE UND WEHRTECHNISCHE TAGUNG

10./11. Dezember 2026

Maritim Hotel Königswinter (bei Bonn)

Innovation, Integration, Einsatzbereitschaft –

Wie Bundeswehr, Industrie und Politik die Fähigkeiten von morgen realisieren

So lautet das Thema unserer 39. Sicherheitspolitischen und Wehrtechnischen Tagung, zu der wir Sie hiermit recht herzlich einladen.

Anknüpfend an unsere Tagung im Dezember 2025 beleuchten wir den Fortschritt von der politischen Absicht hin zur operativen Realität.

Der „Trialog" von und mit fachkundigen Führungspersönlichkeiten aus Politik, Bundeswehr und wehrtechnischer Industrie wird erneut unsere bewährte attraktive Veranstaltung in Königswinter prägen.

MODERATION
Kerry Hoppe, Munich Security Breakfast









Putin, Trump und die Zukunft

Von Manfred Opel



Manfred Opel

Eine Zwischenbilanz

Heute muss man nüchtern auf die wechselvolle neuere Geschichte Europas und Russlands sowie auf die zwei, in Europa von 1914 bis 1918 (rund 4 Jahre lang) und vom 1. September 1939 bis zum 8. Mai 1945 (knapp 6 Jahre lang), wütenden Weltkriege zurückblicken, um erkennen zu können, was uns Europäern in der Zukunft wohl am meisten schaden, aber auch am meisten nützen kann. Und das alles hängt auch davon ab, welche Politik wir derzeit in Europa selbst sowie auch im internationalen Rahmen anstreben und durchzusetzen vermögen.

Dabei ist ein politischer Grundsatz von entscheidender Bedeutung: Internationale Politik muss dem Prinzip absoluter Freiwilligkeit unterworfen bleiben. Denn Frieden und Zwang vertragen sich nicht als tragende Bestandteile derselben nationalen Politik – vor allem nicht als jene einer Politik, die vom internationalen Frieden geprägt sein soll. Das gilt auch für die USA, die zum Beispiel keinerlei Recht haben, zu bestimmen, dass heute ein Teil der Ukraine an Russland abzugeben ist.

Denn das würde zu allem Überfluss Putin sogar dazu ermuntern, noch größere ukrainische sowie zudem sogar weitere Teile Europas als „Russlands Eigentum“ einzufordern. Entsprechende Äußerungen kennt man ja bereits von ihm und von seiner Propagandamaschine.

Jedes Land der Erde ist souverän und niemand kann oder darf bestimmen, dass es eigenes Territorium gegen seinen eigenen Willen an andere Länder abzutreten hat. Doch Donald Trump hat das bisher noch nie gekümmert. Die Beispiele Kanada, Venezuela, Grönland, Kuba oder der Iran sind dafür beredte Zeugnisse. Es deutet folglich alles darauf hin, dass Trump und Putin gemeinsam beschlossen haben, die Welt neu unter sich aufzuteilen. Dabei ist ein einziges Faktum von zentraler Bedeutung: Die USA und Russland repräsentieren zusammen gerade einmal knapp 6% der Weltbevölkerung. Welche Entscheidungsbefugnis maßen sich diese beiden Staaten eigentlich an?

Sie haben allein auf dieser Grundlage sowie nach internationalem Recht keinerlei Befugnis, über das Schicksal Dritter zu entscheiden. Lässt man zum Beispiel Putin gegen die Ukraine gewähren, wird dieser sehr bald neue Opfer finden. Derweil werden Trump oder andere womöglich ihr eigenes Land schon nicht mehr gegen die Raffgier anderer verteidigen können.

Außerdem gilt es zu bedenken, dass, erlaubt man erst einmal Trump, die israelische Westbank zu besetzen und zu „säubern“ oder man erlaubt Putin, einen strategisch wesentlichen Teil der Ukraine zu besetzen und zu russifizieren, dann wird die „Gier der Eroberer“ damit keinesfalls befriedigt sein. Denn aus der Geschichte lernen wir: Das Fressen fördert die Gier.

Es gilt also das Gegenteil: Andere potenziell gierige Staaten, wie China (gegen Taiwan) oder Nordkorea (gegen Südkorea) werden aufstehen und das gleiche „Recht“ für sich einfordern, nämlich das Territorium fremder Staaten übereignet zu bekommen.

Heute ist Russland nicht mehr das Opfer großer kriegerischer Angriffe, sondern es ist selbst zum gefräßigen Angreifer geworden. Die beiden Weltkriege sowie die nukleare Waffentechnologie haben Russland neben China und den USA zur Großmacht emporgespült. Und eben diese starke Position will Putin heute nutzen, um “sein“ Russland noch mächtiger zu machen. Die Opfer solchen Größenwahns sind am Ende nicht nur die ukrainischen Menschen, sondern wir alle.

Sollten durch den offensichtlichen Nutzen des „nuklearen Wahnsinns“ auch andere Länder der Erde anstreben, ebenfalls Nuklear-Staaten zu werden? Zumindest legitim wäre dies durchaus. Daher bleibt abzuwarten, was Nordkorea, Indien, Pakistan, Israel, der Iran, Brasilien und andere in dieser Hinsicht demnächst der Weltöffentlichkeit präsentieren werden. Zumindest einige Überraschungen könnte es in dieser Hinsicht wohl bereits in den kommenden 50 Jahren geben.

Was Putin heute in Wahrheit anstrebt, ist sein großes persönliches Erbe, das er „seinem“ Volk hinterlassen möchte. Dabei erkennt man zugleich, weshalb Putin dabei so strebsam, ja unnachgiebig, wütend und entschlossen vorgeht: Die Zeit läuft ihm davon, denn auch seine Lebenszeit ist begrenzt. Er wurde dieser Tage 74 Jahre alt. Das sind immerhin rund 6 Jahre mehr als ein durchschnittlicher Russe heute alt wird.

Nach aktuellen demografischen Daten werden männliche Russen im Durchschnitt etwa 67,5 bis 68,0 Jahre alt, während männliche Deutsche im Durchschnitt ein Alter von 79,1 Jahre erreichen. Der Unterschied in der Lebenserwartung „bei Geburt“ zwischen den beiden Ländern beträgt somit rund 11 Jahre. Allein diese wenigen Daten sagen viel über die derzeitigen Verhältnisse in Russland aus. Vor allem durch eine gesündere Lebensweise könnte man demnach in Russland das Nationalprodukt um mindestens 10% erhöhen.

Die entscheidende Frage ist, wieviel Zeit Putin noch an der Spitze Russlands und als Befehlshaber über die gewaltigste Vernichtungsmacht dieser Erde bleibt. Seine Jahre fliegen dahin und seine einzige Hoffnung ist sein „US-Counterpart“ Donald Trump. Doch mit dessen mittlerweile 80 Lebensjahren läuft auch ihm die Zeit in rasenden Schritten davon. Was also könnte Putin in dieser Situation sinnvollerweise tun, um wenigstens einen Teil seiner Angriffsziele zu erreichen?

Der Lohn der Aggression

Trump und Putin scheinen sich unterdessen darauf verständigt zu haben, wenigstens einen Teil ihrer eigenen, nur mittels politischer und militärischer Aggression erreichbaren Ziele, gegenseitig zu akzeptieren. Trump scheint darauf zu spekulieren, dass er Putin eines Tages schon „packen“ könne und sich dann über ihn zu erheben vermag. Dass damit zeitgleich ein wesentlicher Teil des souveränen und unabhängigen Staates Ukraine an Russland übereignet werden müsste, scheint Donald Trump nicht zu bekümmern.

Und seit wann beendet ein Wladimir Putin seine Aggressionen, wenn man ihn dafür nicht zusätzlich auch noch territorial belohnt? Man würde genau das Gegenteil dessen erreichen, was man im Grunde möchte: Putin würde einen solchen „Partner“ für schwach halten und ihm die Daumenschrauben anziehen – ebenso, wie er es heute mit den sog. „Gesandten“ des Weißen Hauses ständig durchexerziert.

Man kann darauf wetten, dass Putin, kaum sind die Laien-Gesandten Trumps jeweils aus dem Kreml verschwunden, sich auf die Schenkel haut, ob deren amerikanischer Dusseligkeit. Mithin imitiert er dabei einfach Donald Trump: Schon mit ein bisschen Gold und Glitter vermag er den Verstand der amerikanischen Abgesandten zu vernebeln.

Putin ist heute nichts weniger als ein politischer Schädling für das moderne Russland und die gesamte Welt. Er will, als strategisches Zwischenziel, nichts weniger als die russische Dominanz über ganz Europa erreichen. Das erkennt man an seinen politischen Handlungen, obwohl seine Aussagen heute weitgehend unzutreffend und verwirrend sind. Vermutlich nagt doch das Alter bereits an ihm.


© Kremlin.ru, CC BY 4.0, via Wikimedia Commons

Der Krieg in der Ukraine weckt atomare Begehrlichkeiten und neue Möglichkeiten, an „die Bombe“ zu gelangen.

Deshalb muss man eher auf Putins Taten sehen, um beurteilen zu können, welches seine wahren politischen Ziele und Absichten sind. Putin handelt im Kern auf zwei politischen Ebenen. Eine ist die aktuelle Handlungs-Ebene, die andere ist seine langfristige Absichts-Ebene, welche eine spätere Realität vorbereiten soll. Dabei haben sich sämtliche russischen politischen Aktivitäten in ein System der Zielorientierungen einzufügen.

Dieses System besteht derzeit aus drei Grundelementen als Minimumziele:

1. Der dauerhaften Vorherrschaft Russlands im postsowjetischen Raum,
2. der Zertrümmerung der (momentan noch rudimentär) bestehenden europäischen Sicherheitsarchitektur und
3. der dauerhaften Verhinderung einer westlichen Integration der Ukraine.

Das bedeutet im Klartext nichts weniger als das ausnahmslose „Ewige Raus" der USA aus Europa sowie zugleich die auflagenfreie Überlassung des Schicksals Europas an Russland.

Bedauerlicherweise unterstützt Donald Trump mit seiner nationalistisch und im Kern sogar isolationistisch ausgerichteten Politik genau diese „Weltherrschaftsziele" Putins.

Für diese strategische politische Drohung Moskaus gibt es klare faktische Beweise:

- **Das Moskauer Verhandlungspapier vom November 2026:** Moskau legte einen Forderungskatalog vor, der den Rückzug der NATO-Truppen auf den Stand von 1997 (vor der damaligen Osterweiterung), einen vollständigen Stopp westlicher Waffenlieferungen an die Ukraine sowie massive Einschränkungen für die europäischen Atommächte Frankreich und Großbritannien verlangt.
- **Eskalation des hybriden Krieges in Europa:** Neben dem konventionellen Krieg in der Ukraine führt Russland dort einen verdeckten Schattenkrieg mit Sabotageakten an kritischer Infrastruktur und einer massiven Informationsbeeinflussung.
- **Duma-Wahlen im September 2026:** Mit den Parlamentswahlen, die unter anderem in besetzten ukrainischen Gebieten stattfanden, versuchte der Kreml, den Krieg nach innen zu legitimieren und den Schein von Normalität zu wahren.
- **Militärmanöver „Zentr-2026":** Im Herbst 2026 demonstrierte Russland mit zehntausenden Soldaten sein gesamtes militärisches Arsenal, um Stärke gegenüber dem Westen zu signalisieren.
- **Systematische Zerstörung der Lebensgrundlagen:** Gezielte Angriffe auf die ukrainische Energie-, Wärme- und Wasserversorgung sowie die dortige Wohn-Infrastruktur sollen das Land im kommenden Winter mürbe machen und in die Kapitulation zwingen.



Zum wiederholten Male führte Wladimir Putin die Sondergesandten des Weißen Hauses beim Thema Ukraine-Frieden im September 2026 an der Nase herum.

© The White House, Public domain, via Wikimedia Commons

Putins wahre politische Ziele

Putins übergeordnete politische Ziele sind zwar auf die Wiedererlangung einer weitgehend russischen Handlungsfähigkeit im Weltmaßstab ausgerichtet, doch der Supermacht Russland fehlen heute und wohl auch noch in weiter Zukunft die politischen Möglichkeiten, um ihre Ziele durchsetzen und vor allem politisch fixieren zu können. Zudem weiß man heute (noch) nicht, ob nicht China bei Gelegenheit seine Chance nutzen wird, die russischen Machthaber nach der Ära Putin in ihre Schranken zu weisen.

Putin selbst strebt zwar heute die Wiederherstellung des einstigen politischen und dabei sehr kurzfristigen russischen Großmachtstatus´ an und betrachtet in diesem Zusammenhang die Ukraine, Belarus und Russland historisch als einen zusammengehörigen Kultur- und Machtraum unter Moskauer Führung. Dabei lehnt der Kreml unverändert das Prinzip ab, dass souveräne Staaten frei über ihre Bündniszugehörigkeit (z.B. NATO) entscheiden dürfen. Putin verlangt stattdessen eine neue Sicherheitsarchitektur, die auf festgeschriebenen Einflusssphären beruht. Eine Nebelkerze, denn wie man weiß, hat das Wort „festgeschrieben“ keine Bedeutung im Kreml. Doch, wer sein eigenes Land stärken und sogar territorial vergrößern möchte, der will ohne jeden Zweifel zugleich andere Völker und Länder schwächen, sie unterwerfen und ihnen ihre Territorien wegnehmen.

Putin erhebt in diesem Rahmen sogar sog. „alte Ansprüche“, die es jedoch in Wahrheit gar nicht gibt. Denn um sämtliche derartige „alte territoriale Ansprüche“, die Putin bisher nannte, zumindest formal erfüllen zu können, müsste unsere Erde mehr als viermal so groß sein, als sie tatsächlich ist. Allein daran erkennt man, wie absurd die heutige Politik des Kremls ist.

Mit anderen Worten: In Zukunft kann sich ein Staat nur dann territorial vergrößern, wenn ihm das von ihm beanspruchte oder gewünschte Territorium von einem anderen Staat, welcher dessen Eigentümer ist, freiwillig übertragen wird. …oder wenn es z.B. im Meer oder an einer Küste zusätzlich entsteht. Nimmt er sich dieses Territorium jedoch mit Gewalt, so bleibt ein solcher „Landraub“ für alle Zukunft ein Kriegsgrund. Genau auf diesem Feld ist heute insbesondere China zuhause.

Man darf gespannt sein, ob Russland China dabei gewähren lässt. Denn langfristig würde dieses die „maritime Einschnürung“ Russlands bedeuten können.



Hybride Angriffe: Nach mehreren Drohnenzwischenfällen und einem Brandanschlag schließt Estland ab Dezember 2026 die Grenze zu Russland.

Das heißt für die globale Friedenspolitik im Klartext: Es darf keine Veränderung jeglicher staatlicher Souveränität geben, es sei denn, die Beteiligten einigen sich freiwillig und ohne jeden Zwang darauf. Diese „Friedensmaxime“ bedarf der ewigen Gültigkeit, um Kriege nachhaltig vermeiden zu können. Doch ob diese Maxime so durchschlagend wirkt, wie ihre Formulierung glauben machen will, darf durchaus bezweifelt werden.

Für die Einhaltung des formalen internationalen Rechts ist heute vor allem der Welt-Sicherheitsrat zuständig. Ausgerechnet dessen führende Mitglieder Russland und USA sind heute selbst angetreten, um Internationales Recht zu brechen. Damit haben sie ihre Schieds- und Friedenssicherungsfunktion im Rahmen der Vereinten Nationen ohne Zweifel nachhaltig verspielt. Dabei ist das jüngste und umwälzende geschichtliche Geschehen, auf das wir uns dabei beziehen müssen, erst etwa 80 Jahre alt – gerade einmal drei bis vier menschliche Generationen.

Putins langfristige strategischen Ziele

Die strategischen Ziele Putins lassen sich heute in drei Kernbereiche untergliedern:

1. Die Sicherung des eigenen persönlichen Machterhalts,
2. die Wiederherstellung einer großen russischen Einflusssphäre und
3. die Neuordnung der europäischen Sicherheitsarchitektur.

Dabei geht es Putin nicht nur um Gebietsgewinne, sondern vor allem auch um eine grundlegende Verschiebung der globalen Machtverhältnisse: Die bisherige westlich geprägte politische Ordnung soll für immer verschwinden. In diesem Rahmen verfolgt Putin vier grundlegende strategischen Optionen:



Schleichende Invasion: Chinesische Bauern im Osten Sibiriens verschieben die Grenzen seit Jahren immer weiter nach Westen.

1. **Die Sicherung des eigenen Regimes**
   Sein oberstes Ziel ist sein persönlicher Machterhalt und der seines Systems im Inneren. Demokratische Bewegungen in Nachbarländern, wie in der Ukraine, werden als unmittelbare Bedrohungen für die eigene autoritäre Herrschaft wahrgenommen, da sie ein Vorbild für die russische Bevölkerung sein könnten.
2. **Kontrolle über den postsowjetischen Raum**
   Moskau beansprucht eine exklusive Einflusssphäre in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Nachbarländer oder jene des ehem. Warschauer Paktes sollen keine eigenständige Außenpolitik betreiben und weder der NATO noch der EU beitreten dürfen.
3. **Umbau der europäischen Sicherheitsordnung**
   Die bestehende europäische Friedensordnung soll durch ein System ersetzt werden, in dem Großmächte über die Köpfe kleinerer Staaten hinweg entscheiden. Zugleich sollen sich die NATO-Truppen aus Osteuropa zurückziehen und Russland soll weitreichende Sicherheitsgarantien erhalten.
4. **Schwächung von EU, NATO und USA**
   Russland strebt nach eigenem Bekunden eine multipolare Weltordnung an, in der der Einfluss der USA in Europa minimiert wird. Übrigens hat Trump diesem Vorschlag gegenüber Putin bereits (in Alaska) zugestimmt. Durch die Spaltung Europas soll die Handlungsfähigkeit der westlichen Bündnisse gelähmt werden.

Dabei lauten die entscheidenden Fragen:

- Wie will Putin diese Ziele, seine strategischen Optionen, erreichen?
- Will er dafür das Risiko eines weiteren, großen Krieges in Europa eingehen?

Soweit heute bekannt ist, haben ja Trumps unprofessionelle Unterhändler Putin in Moskau dafür ja bereits grünes Licht gegeben, vorausgesetzt, Putin stört Trumps Pläne im Nahen Osten (Stichwort: Gaza) nicht.

Tatsächlich fällt auf, dass der Kreml Trump im Nahen Osten und gegenüber den islamischen Staaten gewähren lässt, ohne auch nur verbal oder diplomatisch einzugreifen. Einzig die amerikanischen Wähler scheinen erkannt zu haben, dass Trump ihre Interessen sowohl im Nahen Osten sowie auch gegenüber Putin eiskalt und nachdrücklich verrät.

Das alles wird noch dramatische Auswirkungen haben, wie man spätestens Ende des Jahres 2027 weltweit erkennen wird. Dann wird die Trump-Putin'sche Mesalliance zwangsläufig platzen und die Welt sowie vor allem die Amerikaner werden bemerken, welche gigantischen Lasten ihnen durch dieses multidimensionale politische Fehlverhalten Trumps aufgezwungen wurden. Doch es bedarf nicht der Gabe der Prophetie, um voraussagen zu können, wem Trump dafür die Schuld zuweisen wird.

Weitere Gründe für das Verhalten Putins gegenüber den USA könnten sein, dass durch Trumps Aggressionen im Nahen Osten einerseits die strategischen und wohl auch die taktischen Fähigkeiten der USA so massiv reduziert wurden, dass man sie nicht kurzfristig wiederherstellen kann; andererseits, dass die amerikanischen Fähigkeiten durch das Zusammenspiel von strategisch-militärischen Verlusten, Inflation und der regelrechten Verarmung des US-amerikanischen Staates so geschwächt sind, dass das „strategische Potenzial" der USA langfristig darunter zu leiden hat.

Beides, die falsche strategische Zielsetzung der USA und die Missachtung der Europäer und der NATO durch Trump, werden die USA und damit zwangsläufig auch die NATO so gewaltig schädigen, dass man mindestens zwei Generationen benötigen wird, um diese „strategischen Schäden" wieder ausgleichen zu können.



Während der Operation Epic Fury im Iran hat sich die US-Luftabwehr ohne Not selbst geschwächt und u.a. Raketenmunition verschossen, die in der Ukraine dringend gebraucht würde.

Die Bilanz für Europa und die NATO sieht derzeit folglich nicht gut aus.

Das feindliche Verhalten Trumps gegen die Partner der USA in den beiden letzten Jahren hat Europa und damit letztlich auch den USA mehr geschadet als sämtliche politischen und militärischen Aktionen Putins in den vergangenen 25 Jahren.

Das ist nichts weniger als Hochverrat an der NATO.

Über den Autor: Brigadegeneral a.D., Dipl.-Ing. Manfred Opel, M.A., ehemalig MdB, war u.a. Referatsleiter für Strategische Planung im Internationalen Militärstab des NATO-Hauptquartiers in Brüssel sowie General für Luftwaffenangelegenheiten der Rüstung. Der Beitrag gibt seine persönlichen Einschätzungen und Ansichten wieder.

Bildauswahl und -beschriftung: Daniel Kromberg

Bundeswehr im Weltraum

Fähigkeitsaufwuchs im All für mehr Resilienz gegen Bedrohungen

Eigene Weltraumsysteme betreiben und schützen, militärische Operationen im All durchführen – da will die Bundeswehr hin. Die Ausbildung eigener Satellitenbedienerinnen und -bediener hat bereits begonnen. Zeitgleich laufen gemeinsam mit deutschen Unternehmen und Partnern wie Norwegen Planungen zur Erprobung kurzfristiger Starts von Satelliten und ihrem sicheren Betrieb im Orbit.

Der Weltraum ist längst ein eigenständiger militärischer Operationsraum: Satelliten ermöglichen unter anderem eine weltweite Kommunikation, Aufklärung, Navigation und die Frühwarnung vor Raketenangriffen. Gleichzeitig wächst die Bedrohung durch Staaten, die in der Lage sind, Weltraumsysteme gezielt zu stören, zu manipulieren oder außer Funktion zu setzen. Somit hat sich der Kernauftrag der Bundeswehr, Deutschland und seine Alliierten zu schützen, bis in den Weltraum ausgeweitet. Um die Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik in allen Bereichen durchgehend zu gewährleisten, muss die Bundeswehr eigene Weltraumsysteme betreiben und wirksam schützen können. Das schließt auch die angemessene Reaktion auf Bedrohungen im Weltraum ein.

Erste Satellite Operators in der Ausbildung

Seit Oktober 2026 befinden sich die ersten angehenden Satellitenbedienerinnen und -bediener, sogenannte Satellite Operators, der Luftwaffe in ihrer zweijährigen Ausbildung am Europäischen Raumflugkontrollzentrum (ESOC) der Europäischen Weltraumorganisation ESA in Darmstadt. Das ESOC blickt auf eine jahrzehntelange Erfahrung im Satellitenbetrieb zurück.

Bei diesem „SatPilot“-Programm der ESA erwerben die angehenden Satellite Operators umfassende Kenntnisse und sammeln praktische Erfahrungen im Satellitenbetrieb: von der Vorbereitung einer Mission über den Start und die Inbetriebnahme bis zur Steuerung im Orbit. Dazu werden die Soldatinnen und Soldaten nach Abschluss der theoretischen Phase in verschiedene Betriebsteams integriert. Unter fachlicher Begleitung übernehmen sie dann entsprechend ihrem jeweiligen Ausbildungsstand definierte Aufgaben im Satellitenbetrieb. Dabei liegt der Schwerpunkt auf den technischen und operationellen Kompetenzen in diesem Bereich. Die militärische Einsatzplanung, Führung und Durchführung militärischer Operationen sind hingegen nicht Bestandteil der Ausbildung bei der ESA, sondern verbleiben bei der Bundeswehr.



Die ersten Soldatinnen und Soldaten absolvieren derzeit am Europäischen Raumflugkontrollzentrum in Darmstadt ihre Ausbildung zum sogenannten Satellite Operator, also zur Satellitenbedienerin beziehungsweise zum Satellitenbediener.

© ESA

Die Luftwaffe schafft mit dem Pilotlehrgang die Grundlage, das erworbene Wissen auch für den Aufbau eigener Ausbildungskapazitäten im Satellitenbetrieb zu nutzen. So sollen die Soldatinnen und Soldaten künftig selbstständig die Kontrolle über alle Satellitensysteme der Bundeswehr übernehmen. Hierfür wird in Verantwortung des Weltraumkommandos der Bundeswehr ein eigenes militärisches Satellitenbetriebs- und Kontrollzentrum aufgebaut.

Sobald die Luftwaffe bundeswehreigene Satellitensysteme eigenständig durch Soldatinnen und Soldaten betreiben und steuern kann, liegen damit alle einsatzrelevanten Aufgaben in militärischer Hand: von der Planung und Führung von Weltraumoperationen bis hin zur Kontrolle der Satellitensysteme.

Mit eigenen Satelliten aufklären und stören

Bereits heute verfügt die Bundeswehr über eigene weltraumgestützte Aufklärungs- und Kommunikationsfähigkeiten. Deren technischer Betrieb erfolgt derzeit noch zu Teilen durch zivile Fachleute. Unabhängig vom Aufbau eigener Kompetenzen im Satellitenbetrieb entwickelt die Bundeswehr angesichts der geopolitischen Sicherheitslage ihre militärischen Fähigkeiten im Weltraum stetig weiter. Mit diesem Zuwachs an Fähigkeiten verändert sich auch die Art der Aufgaben, die Satelliten künftig übernehmen sollen.

So erweitert die Bundeswehr neben zusätzlichen Aufklärungs- und Kommunikationssystemen wie SATCOMBw Stufe 4 gezielt ihre Möglichkeiten, direkt im Weltraum militärisch zu handeln. Dazu zählt perspektivisch der Einsatz von Wächter- und Inspektionssatelliten, die sich anderen Objekten im Orbit gezielt annähern, diese beobachten und untersuchen können. Solche Systeme können dazu beitragen, verdächtige Aktivitäten frühzeitig zu erkennen und eigene Satelliten vor möglichen Angriffen zu schützen.

Darüber hinaus sollen künftig auch offensive Handlungsoptionen zur Verfügung stehen, um aktiv auf Bedrohungen zu reagieren und eigene Weltraumsysteme im Konfliktfall verteidigen zu können. Dazu zählen beispielsweise sogenannte Stör- beziehungsweise Effektorsatelliten, mit denen gegnerische Weltraumsysteme gezielt in ihrer Funktion gestört und beeinträchtigt werden können. Deutschland setzt dabei auf verantwortungsvolles Handeln im Weltraum und die Vermeidung von Weltraumschrott.

Damit erhält auch die Steuerung von Satelliten eine neue Bedeutung: Während beim klassischen Satellitenbetrieb vor allem die zuverlässige Bereitstellung einer Dienstleistung im Vordergrund steht, sind Manöver und Handlungen militärischer Satelliten unmittelbar Bestandteil militärischer Operationen. Ihre Durchführung ist dabei in die militärische Führungs- und Entscheidungsstruktur eingebunden.



Im September 2026 brachte die deutsche Firma Isar Aerospace mit Spectrum erstmals erfolgreich eine Rakete vom norwegischen Spaceport Andøya in den Orbit. Die geplante Responsive Launch Demonstration der Bundeswehr knüpft hier mit ihren Partnern an.

© Andoya Space

Zu diesem Zweck setzt die Bundeswehr auch verstärkt auf eigene Satellitenbedienerinnen und -bediener. Diese müssen nicht nur die Technik beherrschen, sondern auch militärische Aufträge verstehen und unter Berücksichtigung der jeweiligen Einsatzregeln und rechtlichen Vorgaben umsetzen können.

Das kontinuierliche Zusammenspiel zwischen Weltraumkommando der Bundeswehr, Weltraumlagezentrum und künftigem Satellitenbetriebszentrum ist dabei entscheidend: Das Weltraumlagezentrum liefert fortlaufend Informationen über die Gegebenheiten im Orbit und mögliche Bedrohungen. Diese werden anschließend im Weltraumkommando der Bundeswehr zu einem militärischen Lagebild zusammengefasst, bewertet und dienen damit als Grundlage zur Planung und Führung von Weltraumoperationen. Die Satellite Operators setzen die jeweiligen Aufträge schließlich in konkrete Steuerungsbefehle und Satellitenmanöver um.

Responsive Space: Reaktionsschnelle Weltraumoperationen

Allein die Steuerung von Satelliten bedeutet noch keine militärische Handlungsfähigkeit. Was wäre, wenn beispielsweise ein wichtiges Weltraumsystem – ganz gleich, ob zivil oder militärisch – ausfallen oder durch einen gegnerischen Angriff unbrauchbar gemacht und damit die Nutzung des bereitgestellten Dienstes eingeschränkt oder gar unmöglich würde? Was wäre, wenn infolgedessen die gesellschaftliche Ordnung oder gar Menschenleben bedroht sein könnten? Dann müsste dieses ausgefallene Weltraumsystem schnellstmöglich ersetzt, oder es müssten gar zusätzliche Systeme bereitgestellt werden.

Genau an dieser Stelle knüpft das Konzept Responsive Space an. Es geht darum, Weltraumfähigkeiten flexibel, bedarfsgerecht und innerhalb kürzester Zeit verfügbar zu machen beziehungsweise wieder herzustellen. Dazu braucht es Satelliten mit der für den jeweiligen Einsatzzweck erforderlichen Ausstattung ebenso wie kurzfristig verfügbare Startmöglichkeiten und eine geeignete Infrastruktur. Hierzu gehört unter anderem ein sogenannter Spaceport, ein Weltraumbahnhof – und die Fähigkeit, die Satelliten anschließend eigenständig im Orbit zu betreiben.

Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Responsive Launch Demonstration. Bei dem gemeinsamen Vorhaben des Bundesministeriums der Verteidigung, des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) und der Deutschen Raumfahrtagentur im DLR soll in Zusammenarbeit mit deutschen Unternehmen erprobt werden, wie Satelliten bei kurzfristigem Bedarf gestartet, in einen niedrigen Erdorbit gebracht und dort sicher betrieben werden können.

Hinzu kommen die Aufklärung anderer Satelliten und die Erprobung von Schutzmöglichkeiten für eigene Weltraumsysteme. Perspektivisch spielen zudem Fähigkeiten zum sogenannten On-Orbit-Servicing eine Rolle. Dies umfasst die Inspektion oder Unterstützung anderer, auch ziviler Satelliten direkt im Weltraum. So sollen bestehende Kompetenzen weiterentwickelt und Erfahrungen für zukünftige militärische Weltraumoperationen gewonnen sowie das Potenzial der deutschen Raumfahrtindustrie gestärkt werden. Der Aufbau dieser Fähigkeiten ist daher nicht nur für die Bundeswehr von Bedeutung, sondern von gesamtstaatlicher Relevanz.



Mit Norwegens Verteidigungsministerium, BMFTR, Deutscher Raumfahrtagentur im DLR und deutschen Firmen hat die Bundeswehr den Spaceport Andøya bereits vorerkundet. Mit den Erkenntnissen rückt die Responsive Launch Demonstration in greifbare Nähe.

© Bundeswehr / Johannes Heyn

Eine wesentliche Voraussetzung für den Ausbau neuer Fähigkeiten ist der verlässliche Zugang zum Weltraum. Hier spielen eigene beziehungsweise verfügbare Startkapazitäten unserer Verbündeten eine wichtige Rolle. Die Bundeswehr setzt dabei auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Partnern wie Norwegen. Mit dem Spaceport auf Andøya verfügt das Königreich über einen strategisch wichtigen Standort für europäische Satellitenstarts. Der Standort spielt auch bei den Vorbereitungen für die geplante Responsive Launch Demonstration der Bundeswehr eine wichtige Rolle.

Erst das Zusammenspiel dieser Fähigkeiten schafft die Voraussetzungen für eine reaktionsschnelle und widerstandsfähige militärische Weltraumarchitektur. Der Ausbau eigener Kompetenzen im Satellitenbetrieb ist dafür ebenso wichtig wie der Zugang zu Startkapazitäten oder die Entwicklung neuer Satellitensysteme.

Eigene Fähigkeiten stärken die gemeinsame Abschreckung

Mit der Weltraumsicherheitsstrategie hat Deutschland die Grundlage für einen umfassenden Ausbau seiner militärischen Weltraumfähigkeiten geschaffen. Die angekündigten Investitionen von rund 35 Milliarden Euro bis 2030 sollen dazu beitragen, bestehende Fähigkeiten konsequent weiterzuentwickeln, die Resilienz zu erhöhen und die Handlungsfähigkeit der Bundeswehr nachhaltig zu stärken.

Dabei steht fest: Nationale Eigenständigkeit ist kein Selbstzweck. Eigene Fähigkeiten verringern Abhängigkeiten, erhöhen die Widerstandsfähigkeit und stärken zugleich Deutschlands Beitrag zur gemeinsamen Abschreckung und Verteidigung im Bündnis. Das gilt für die NATO und die europäischen Partner ebenso wie für multinationale Kooperationsformate im Bereich Weltraum, wie der Combined Space Operations Initiative (CSpO) und der US-geführten Operation Olympic Defender (OOD).

Eine glaubhafte Abschreckung setzt voraus, dass ein potenzieller Gegner erkennen kann, dass Angriffe auf die weltraumgestützten Fähigkeiten Deutschlands und seiner Verbündeten keinen Erfolg versprechen. Dafür müssen eigene Systeme nicht nur geschützt und bei Bedarf verteidigt, sondern im Falle eines Ausfalls auch kurzfristig ersetzt werden können.

Mit neuen Satellitensystemen, eigenen Betriebskapazitäten und Satellitenbedienenden, kurzfristig verfügbaren Startmöglichkeiten und aktiven Fähigkeiten im Orbit entwickelt die Bundeswehr ihre Handlungsoptionen zur eigenständigen Durchführung militärischer Weltraumoperationen konsequent weiter. Damit stärkt Deutschland zugleich seine Rolle als militärischer Weltraumakteur in Europa und leistet einen wichtigen Beitrag zur gemeinsamen Abschreckung und Kriegstüchtigkeit im Bündnis.

Text: Gian-Luca Omari



© Bundeswehr/Leslie Otto

Auf Grundlage der Weltraumsicherheitsstrategie der Bundesregierung arbeiten Bundeswehr, BMFTR und Deutsche Raumfahrtagentur im DLR ressortübergreifend zusammen, um den Fähigkeitsaufwuchs rund um die Dimension Weltraum voranzutreiben.

Freedom Shield und Grand Eagle

Train as we fight: Die 10. Panzerdivision übt in Litauen

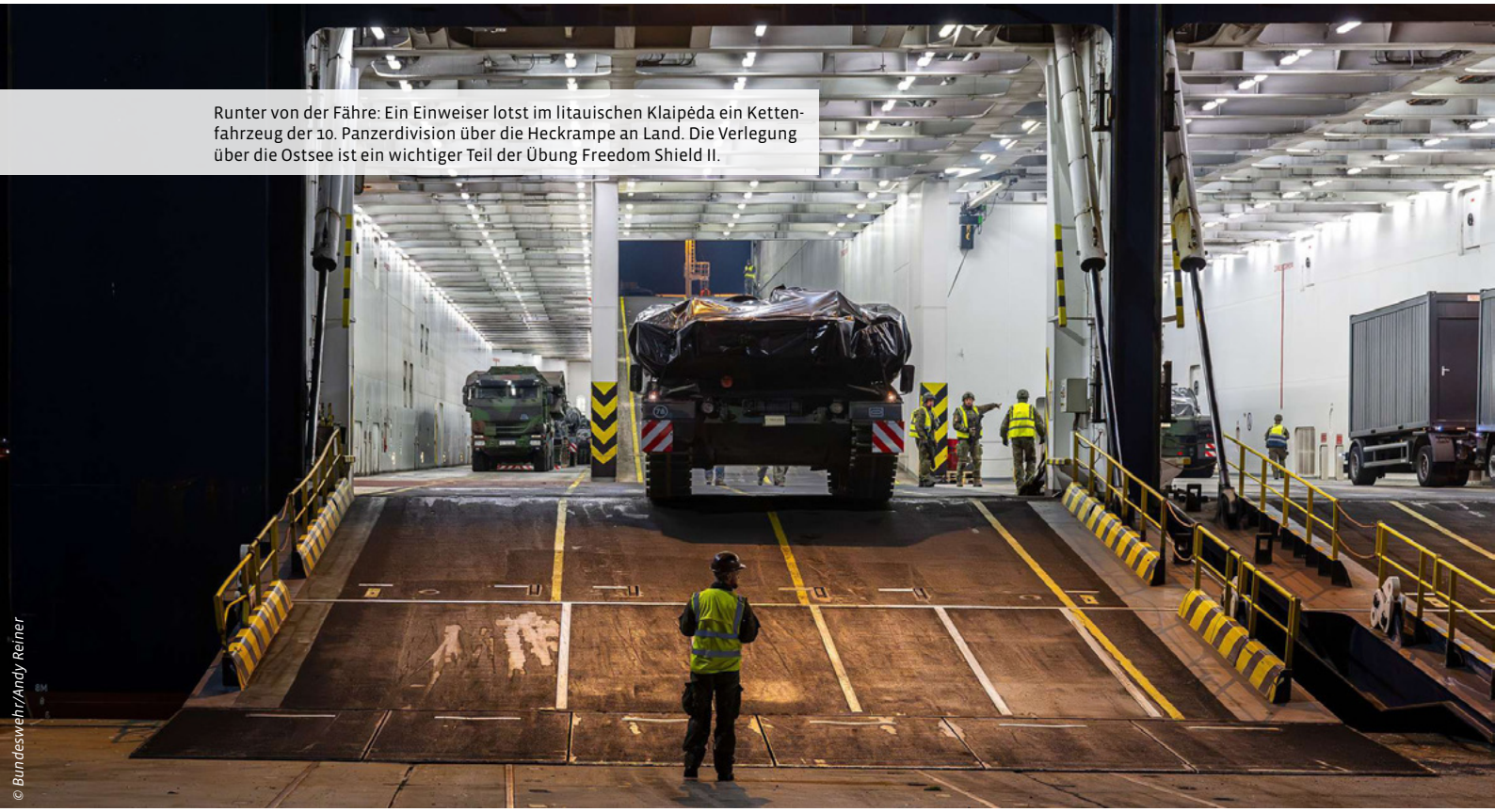
Als Warfighting Division steht die 10. Panzerdivision für Abschreckung sowie Landes- und Bündnisverteidigung an der NATO-Ostflanke bereit. Im November 2026 übt sie erneut in Litauen – mit der Panzergrenadierbrigade 37 „Freistaat Sachsen“ und der Panzerbrigade 45 „Litauen“ bei den Übungen Freedom Shield II und Grand Eagle.

Es ist dunkel im Hafen von Klaipėda, als sich die Heckrampe der Fähre auf den Kai senkt. Im hell erleuchteten Fahrzeugdeck stehen Schützenpanzer Puma dicht an dicht, viele Türme unter schwarzen Planen. Ein Einweiser in gelber Warnweste hebt den Arm, dann rollt das erste Kettenfahrzeug über die Rampe an Land. Wer an der NATO-Ostflanke üben will, muss erst einmal dorthin kommen – über die Ostsee, auf der Schiene und auch auf der Straße.

Seit Anfang November verlegt die 10. Panzerdivision Kräfte ihrer beiden schweren Brigaden nach Litauen. Dort laufen zwei Übungen parallel: Die Panzerbrigade 45 „Litauen“ trainiert vom 17. bis 27. November während der Übung Freedom Shield 26 II auf dem Truppenübungsplatz Rūdninkai und die Panzergrenadierbrigade 37 „Freistaat Sachsen“ befindet sich bei der Übung Grand Eagle 26 auf dem Truppenübungsplatz Pabradė. Insgesamt üben damit im November rund 6.000 Soldatinnen und Soldaten in Litauen.

Erst die Fähre, dann Schiene und Straße

Die Verlegung ist kein Vorspiel, sondern gehört zur Übung. Alle Fahrzeuge kommen mit der Fähre über die Ostsee nach Litauen – Schützenpanzer und Kampfpanzer ebenso wie Lastwagen und Geländewagen. Im Schiffsbauch ist es eng: Zwischen den Ketten und der gelben Linie am Boden bleiben oft nur Zentimeter. Deshalb fährt kein Panzer ohne Einweiser. Handzeichen für Handzeichen lotsen sie die Besatzungen aus dem Deck.



Runter von der Fähre: Ein Einweiser lotst im litauischen Klaipėda ein Kettenfahrzeug der 10. Panzerdivision über die Heckrampe an Land. Die Verlegung über die Ostsee ist ein wichtiger Teil der Übung Freedom Shield II.

© Bundeswehr/Andy Reiner

Im Hafen trennen sich die Wege. Die Radfahrzeuge fahren im Straßenmarsch weiter in die Übungsräume. Transportpanzer Fuchs, Geländewagen und Lastwagen ziehen in Kolonne über litauische Landstraßen, vorbei an Höfen, Birken und Ortsschildern. Feldjäger sichern den Marsch ab, der zivile Verkehr fließt weiter.

In Pabradė rollen die Pumas vom Zug

Die Kettenfahrzeuge wechseln nun vom Schiff auf die Schiene. An der Verladerampe in Pabradė steht der Zug im Regen zwischen Kiefern, es folgt ein Schützenpanzer am anderen, vorneweg befindet sich ein Bergepanzer. Soldaten lösen die Spanngurte und ziehen die Keile unter den Ketten weg, Mitarbeiter der litauischen Bahn und litauische Soldaten packen mit an. Die Motoren röhren. Ein Einweiser hebt beide Hände, und der erste Puma rollt Wagen für Wagen nach vorn zur Rampe. Nur wer schnell und sicher entlädt, ist rechtzeitig im Einsatzraum.

Die 10. Panzerdivision führt beide Brigaden vor Ort in Litauen und vom Heimatstandort Veitshöchheim. Ihre Verantwortung umfasst den gesamten Zeitraum von der Alarmierung bis zur Rückkehr aller Truppenteile. „Unser Ziel als Warfighting Division, die im Ernstfall vom Multinational Corps Northeast in Stettin geführt wird, ist das ganzheitliche Erlangen von Siegfähigkeit. Dafür üben wir mit unseren Brigaden vor Ort in Litauen – denn es gibt keinen zweiten Sieger im Krieg“, betont Generalmajor Jörg See, Kommandeur der 10. Panzerdivision.

Panzerbrigade 45 im Aufbau

Mit der Panzerbrigade 45 stationiert die Bundeswehr erstmals einen Großverband dauerhaft im Ausland. Noch verlegen ihre Bataillone aus Oberviechtach und Augustdorf für die Übung nach Litauen, ab 2027 sollen sie fest vor Ort stationiert sein. Bis Ende 2027 soll die Brigade mit rund 4.800 Soldatinnen und Soldaten sowie 200 zivilen Beschäftigten einsatzbereit sein. Bis zu ihrer vollen Einsatzbereitschaft stellt die Panzergrenadierbrigade 37 ihre Kräfte mit der höchsten Verfügbarkeit.

Die Division nutzt beide Übungen, um Prozesse und Planungsabläufe zu verbessern und die Zusammenarbeit mit den NATO-Partnern Polen und Litauen zu vertiefen. „Wir haben keine Zeit zu verlieren“, so Generalmajor See. „Übungen sind ein Eckpfeiler unserer Einsatzbereitschaft. Sie zeigen: Wir können kämpfen und wir können gewinnen.“

Text: PIZ Heer



© Bundeswehr/Marco Dorow

Schützenpanzer Puma soweit das Auge reicht: Die Kettenfahrzeuge der 10. Panzerdivision legen die Strecke vom Hafen Klaipėda nach Pabradė auf der Schiene zurück.



© Bundeswehr/Marco Dorow

Auf dem Weg in den Übungsraum: Ein Transportpanzer Fuchs führt eine Kolonne der 10. Panzerdivision im Straßenmarsch durch Litauen.

Investitionen

Neues Zentrum für Psychotrauma-Behandlungen entsteht in Hamburg

Noch sind auf dem Baufeld vor allem Schotter, Sand und Bauzäune zu sehen. Doch schon bald wird hier ein modernes und innovatives Zentrum für seelische Gesundheit entstehen. Mit dem ersten Spatenstich im Herbst begann ein bedeutendes Bauvorhaben für das Bundeswehrkrankenhaus Hamburg.

Der Baubeginn des neuen medizinischen Bundeswehr-Zentrums für die Behandlung psychotraumatischer Erkrankungen in Hamburg wurde mit einer feierlichen Veranstaltung eingeläutet. „Die vielen Mühen in der Planung haben sich gelohnt. Hochwertige Materialien und eine gelungene Mischung aus Offenheit und Rückzugsmöglichkeiten zeichnen den architektonischen Entwurf aus. Jetzt geht es darum, den Bau schnellstmöglich zu realisieren“, betonte die stellvertretende Leiterin der Bundesbauabteilung Hamburg, Barbara Torn, mit Blick auf das bisher Geleistete.

Es ist ein großes Bauvorhaben. Das wurde allen Anwesenden auf dem Baufeld noch einmal deutlich. Dafür werden fast 40 Millionen Euro investiert. Auf rund 5.700 Quadratmetern werden künftig sowohl die klinischen als auch die kurativen Bereiche des Zentrums unter einem Dach vereint sein. Ein großzügig angelegter Patientengarten ergänzt dabei das Bauwerk. Die komplexe Planung ist das Ergebnis eines hochkarätigen Architekturwettbewerbs. „Wir wollten der Bedeutung des Bauwerks für das Krankenhaus und besonders für die Patientinnen und Patienten architektonisch begegnen“, erläutert Donald Appel, Leiter der Bundesbauabteilung. Auch die Gebäudetechnik spiegelt den hohen Anspruch an das entstehende Gebäude wider. So sorgt eine Photovoltaikanlage für die nachhaltige Stromerzeugung, während eine Wärmepumpe die Nutzung interner Wärmelasten zum Heizen ermöglicht.

Ein Gewinn für die medizinische Versorgung in Hamburg

„Das Zentrum bildet eine Kernkompetenz des Bundeswehrkrankenhauses ab. Hier in Hamburg ist die Wiege der Psychotraumatologie der Bundeswehr“, hob der Kommandeur und Ärztliche Direktor des Krankenhauses, Generalarzt Thomas Harbaum, die besondere Bedeutung des Baubeginns während der feierlichen Zeremonie hervor.

Modern, innovativ und im Grünen: Der Neubau des Zentrums für seelische Gesundheit in Hamburg vereint klinische und kurative Angebote unter einem Dach.



© Bundeswehr/dichter Architekturgesellschaft

INFO

Der Neubau schafft nicht nur zeitgemäße räumliche Voraussetzungen für die Behandlung psychotraumatischer Erkrankungen. Durch die Bündelung klinischer und kurativer Angebote, moderner Behandlungsumgebungen sowie zusätzlicher Möglichkeiten für Rückzug und Erholung werden auch die Rahmenbedingungen für eine ganzheitliche Patientenversorgung verbessert. Für das Bundeswehrkrankenhaus Hamburg bedeutet das eine nachhaltige Stärkung seiner medizinischen Kompetenzen. Zugleich unterstreicht das Vorhaben die Bedeutung des Standorts Hamburg für die medizinische Versorgung innerhalb der Bundeswehr.



© Bundeswehr/Patrick Grunert

◀ Der Neubau wird die medizinische Versorgung in Hamburg verbessern – für die Bundeswehr und die Menschen in der Hansestadt.

Das Bauprojekt ist Bestandteil der Planung eines umfassenden Ausbaus des Bundeswehrkrankenhauses in Hamburg. Mehr als 250 Millionen Euro hat die Bundeswehr in den vergangenen zehn Jahren in diese Liegenschaft investiert. Die bauliche Erneuerung der Liegenschaft werde konsequent fortgeführt, so Holger Raab, Leiter des Kompetenzzentrums Baumanagement Kiel der Bundeswehr: „Auch zukünftig werden wir kräftig investieren. Die neue Parkpalette geht noch im September in die Ausführung. Die Planungen für weitere Sanierungs- und Neubaumaßnahmen laufen auf Hochtouren."

Text: Marius Vu

Anzeige



AC-Stockschirm FARE®-Camouflage

Wenn's im Dienst mal von oben kommt!



Windproof

KLEEN WERBUNG
Telefon +49 (0) 49 71 / 92 33 10
Fax +49 (0) 49 71 / 92 33 15
info@kleen-werbung.de

Unbemanntes Kampfflugzeug eröffnet Perspektiven für Bayerns Luftfahrtindustrie

Do228 NXT zeigt die industrielle Basis für künftige Luftfahrtprojekte in Bayern

Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat am vergangenen Freitag das Unternehmen General Atomics AeroTec Systems (GA-ATS) in Oberpfaffenhofen besucht. Im Mittelpunkt standen das unbemannte Kampfflugzeug Gambit und die Frage, welche Aufgaben der bayerische Standort bei dessen Integration und Betreuung übernehmen könnte. Mit der Do228 NXT und Einblicken in Engineering, Fertigung und Werkstätten zeigte das Unternehmen zugleich die vorhandenen industriellen Fähigkeiten, auf denen eine solche Beteiligung aufbauen kann.

An einem Gambit-Modell in Originalgröße erläuterte General Atomics das Konzept der Collaborative Combat Aircraft (CCA). Diese unbemannten Flugzeuge können eigenständig oder im Verbund mit bemannten Kampfflugzeugen eingesetzt werden und deren Fähigkeiten erweitern. Mit Gambit will General Atomics Aeronautical Systems (GA-ASI) amerikanische Plattformtechnologie mit deutschen und europäischen Missionssystemen verbinden.

Gambit ist eine modulare Flugzeugfamilie, zu der auch die bereits fliegende und in Produktion befindliche FQ-42A gehört. Für Deutschland steht die Anpassung an die Anforderungen der Luftwaffe im Mittelpunkt. Die offene Systemarchitektur ermöglicht die Einbindung deutscher und europäischer Technologien und schafft damit die Voraussetzungen für die Integration souveräner Missionssysteme.

„Wir sind seit mehr als 30 Jahren in Deutschland unternehmerisch engagiert. Mit Gambit wollen wir eine bereits fliegende Plattform mit deutscher Technologie verbinden und gemeinsam neue Fähigkeiten für die Luftwaffe schaffen. Wenn Aufträge und Stückzahlen die wirtschaftliche Grundlage bieten, möchten wir auch weiter in Deutschland investieren“, sagt Linden P. Blue, CEO von General Atomics Aeronautical Systems.

Für Oberpfaffenhofen sieht General Atomics mögliche Aufgaben in der Integration von Missionssystemen, der technischen Betreuung und perspektivisch auch in der Fertigung. Umfang und Ausgestaltung hängen von den deutschen Anforderungen, staatlichen Entscheidungen und konkreten Vereinbarungen mit Industriepartnern ab. Die industrielle Grundlage dafür ist am Standort bereits vorhanden: GA-ATS vereint in Oberpfaffenhofen Engineering, Flugzeugfertigung, eigene Werkstätten sowie Wartung, Instandsetzung und technische Unterstützung.

„Mit der Do228 NXT zeigen unsere Mitarbeiter, was wir in Oberpfaffenhofen leisten: Wir entwickeln, bauen und betreuen Flugzeuge. Dafür braucht es erfahrene Ingenieure, qualifizierte Fachkräfte in der Fertigung und den Werkstätten sowie das Wissen aus der Betreuung unserer Kunden weltweit. Auf dieser Grundlage wollen wir den Standort weiterentwickeln und perspektivisch auch Aufgaben bei Gambit übernehmen“, sagt Harald Robl, Geschäftsführer von General Atomics Europe.



Ministerpräsident Söder wurde vor Ort ausgiebig zur Do228 NXT und den technischen Möglichkeiten am Standort informiert.

© GA-ATS

Text: GA-ATS; DK

IMPRESSUM

Newsletter Verteidigung veröffentlicht in deutscher Sprache aktuelle Aufsätze, Berichte und Analysen sowie im Nachrichtenteil Kurzbeiträge zu den Themen Rüstungstechnologie, Ausrüstungsbedarf und Ausrüstungsplanung, Rüstungsinvestitionen, Materialerhaltung, Forschung, Entwicklung und Erprobung sowie Aus- und Weiterbildung. Newsletter Verteidigung hat eine europäische, aber dennoch vorrangig nationale Dimension. Aus der Analysearbeit von Newsletter Verteidigung werden regelmäßig hoch priorisierte Themenfelder aufgegriffen, welche interdisziplinär einen Bogen spannen von der auftragsgerechten Ausstattung der Bundeswehr mit Wehrmaterial, der Realisierungsproblematik von militärischen Beschaffungsvorhaben, der Weiterentwicklung der Streitkräfte, den technologischen Trends und Entwicklungstendenzen bei Wehrmaterial, der Weiterentwicklung der heimischen wehrtechnischen Industriebasis und der Rüstungs- und Sicherheitspolitik bis hin zur Rüstungszusammenarbeit mit Partnerländern und gemeinsamen Beschaffung von Wehrmaterial.

Der Verlag hält die Nutzungsrechte für die Inhalte des Newsletter Verteidigung. Sämtliche Inhalte des Newsletter Verteidigung unterliegen dem Urheberrechtsschutz. Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten, die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Verlages liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.

Newsletter Verteidigung erscheint auf elektronischem Wege (PDF-Format) mit 50 Ausgaben im Jahr. Eine Weiterverbreitung von Inhalten des Newsletter Verteidigung darf nur im Wege einer Gruppenlizenz erfolgen. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf mit Einschreiben gekündigt wird.

Newsletter Verteidigung ist eine offizielle Publikation der VDS Verlag Deutsche Spezialmedien GmbH, 35037 Marburg. Die in diesem Medium veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in fremde Sprachen, sind vorbehalten. Kein Teil dieses Mediums darf – abgesehen von den Ausnahmefällen der §§53, 54 UrhG, die unter den darin genannten Voraussetzungen zur Vergütung verpflichten – ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren) reproduziert oder eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben dem Verlag vorbehalten. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benutzte Kopie dient gewerblichen Zwecken und verpflichtet gemäß §54 (2) UrhG zur Zahlung einer Vergütung.

Verlagsanschrift:
VDS Verlag Deutsche
Spezialmedien GmbH

Ketzerbach 25-28
35037 Marburg, Germany

Tel. +49 6421 1832-899
Fax +49 6421 18329-05

E-Mail:
verlag@deutsche-spezialmedien.de

Gerichtsstand:
AG Marburg an der Lahn

Verantwortlicher im Sinne des Presserechts:
Daniel Kromberg (DK),
Chefredakteur

E-Mail:
redaktion@newsletter-verteidigung.de